

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).

29. AUGUST 2018 – RUNDMAIL 6/2018

FRAUEN RAT

POLITISCHER
LAND BRANDENBURG E.V.

**Nachtrag zum Rundbrief 6 2018: leider hat sich ein Zahlendreher eingeschrieben:
Die Paritäts-Konferenz findet am Samstag, den 8. September statt!**

IN EIGENER SACHE

- UNSERE PARITÄTS-KONFERENZ "FRAUEN IN DIE PARLAMENTE" AM 6. SEPTEMBER
- KLFR UNTERSTÜTZT UNSERE FORDERUNG ZUR STÄRKUNG DER CARE-BERUFE
- RESOLUTION DER KONFERENZ DER FRAUENRÄTE: FÜR EIN OFFENES EUROPA!
- NEUERUNGEN IN DER GESCHÄFTSSTELLE DES FPR

AKTUELLES

- ALLEINERZIEHENDE BESONDERS ARMUTSGEFÄHRDET
- BESCHLÜSSE DER GLEICHSTELLUNGS- UND FRAUENMINISTERKONFERENZ
- BRÜCKENTEILZEIT - WEM SOLL DAS HELFEN?

KLICK-TIPP

- DEMOKRATIE BRAUCHT FEMINISMUS
- DRAG IT!

IN EIGENER SACHE

UNSERE PARITÄTS-KONFERENZ AM 6. SEPTEMBER

Im Herbst feiern wir das 100-jährige Jubiläum des Frauenwahlrechts in Deutschland. Frauen haben in der Politik noch immer nicht die gleichen Chancen sich zu beteiligen wie Männer, auch nach 100 Jahren nicht.

Wir veranstalten eine Konferenz, um Ursachen für die bestehende Schiefelage zu erkennen, politische Hürden zu nehmen und Visionen zu entwickeln.

Wir als Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg fördern mit allen 300.000 Frauen, die bei uns organisiert sind:

Geschlechtergerechtigkeit in den Parlamenten! Parität jetzt!#HälfteHälfte

Programm:

- ab 12:00 Uhr Anmeldung und Markt der Möglichkeiten
 - 12:30 Uhr Begrüßung durch Veranstalterinnen
 - 13:00 Uhr Grußwort der Landtagspräsidentin Britta Stark
 - 13:15 Uhr "Warum wir Parität brauchen und was wir uns davon erwarten", Input von Katrin Rönnicke, [LILA PODCAST](#)
 - 13:30 Uhr Parallele Workshops
- I. Paritäts-Gesetz und politische Bedingungen; mit Dr. Marianne Czinik, Deutscher Juristinnenbund & Dr. Uta Kletzing, Friedrich-Ebert-Stiftung
- II. Empowerment und Kulturwandel; mit Monika von der Lippe, Landesgleichstellungsbeauftragte
- 15:30 Uhr Kaffeepause
 - 16:00 Uhr Fish-Bowl-Diskussion
 - 17:45 Uhr Schlussworte der Veranstalterinnen
 - 18:00 Uhr Ende der Veranstaltung

Moderation: [HEIDE OESTREICH](#), Redakteurin taz & RBB

Weitere Informationen finden Sie [HIER](#).



IN EIGENER SACHE

KLFR UNTERSTÜTZT UNSERE FORDERUNG ZUR STÄRKUNG DER CARE-BERUFE UND EINER VERKÜRZUNG DER NORMALARBEITSZEIT

Berufe im Care-Bereich sind belastend, schlecht bezahlt und erfahren oft nur wenig Anerkennung. Viele Menschen pflegen außerdem ehrenamtlich ihre Angehörigen. Die meisten dieser Tätigkeiten werden von Frauen ausgeführt. Pflege-Berufe, Berufe in Erziehung und Bildung, haushaltsnahe Dienstleistungen, Gesundheitsberufe und Hebammenversorgung sind unabdingbar für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dennoch gibt es große Versorgungslücken und eine schlechte finanzielle Ausstattung für diese Bereiche, die zu Lasten der Angestellten, aber auch der ehrenamtlich Pflegenden gehen.

Die große Koalition kündigte Verbesserungen zumindest in der Ausbildung von Pflegeberufen an, doch das kann nur ein Anfang sein. Der Frauenpolitische Rat und die Konferenz der Landesfrauenräte haben deshalb konkrete Forderungen aufgestellt, um die Situation der Menschen im Care-Bereich zu verbessern. Dazu gehört u.a. die Höhereinstufung von sog. frauentypischen Tätigkeiten; die Abschaffung von Ausbildungskosten und die Einführung der "kurzen Vollzeit" von 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich, um Pflegetätigkeiten in der Familie zu ermöglichen.

Die Forderungen richten sich nicht nur an die Bundesregierung. Auch auf Landesebene, in den Kommunen und der freien Wirtschaft muss sich etwas tun!

Den Beschluss der Konferenz der Landesfrauenräte finden Sie [HIER](#).

IN EIGENER SACHE

RESOLUTION DER KONFERENZ DER FRAUENRÄTE:
FÜR EIN OFFENES EUROPA!

Flucht und Asyl sind Themen, die Europa und Deutschland aktuell beschäftigen, und für die es gemeinsame europäische Ideen braucht. Mit großer Besorgnis nahm deshalb die Konferenz der Landesfrauenräte nationalstaatliche Einzelgänge in Deutschland und anderen europäischen Ländern wahr.

Die Konferenz der Landesfrauenräte hat deshalb eine Resolution verabschiedet, in der sie dazu aufruft, an der europäischen Idee festzuhalten. Die KLFR unterstützt alle Politiker*innen, die sich für eine gemeinsame europäische Asylpolitik einsetzen. Die Frage der Flüchtlings- und Asylpolitik darf kein Anlass sein, den europäischen Zusammenhalt und aufzugeben und nationalistischen Positionen die Oberhand zu geben. Europa ist ein Raum mit einem solidarischen und Frauen und Männern gleichstellenden Wertegerüst. Dieses Wertegerüst muss uns jede Anstrengung wert sein, unabhängig von den aktuellen Herausforderungen.

Die Resolution können Sie [HIER](#) nachlesen.



IN EIGENER SACHE

Neuerungen in der Geschäftsstelle des FPR

Heute möchte ich mich Ihnen kurz vorstellen: Ich bin Michaela Burkard, die Elternzeit-Vertretung für Verena Letsch in der Geschäftsstelle des Frauenpolitischen Rates.

Ich bin 32 Jahre alt, Politologin und arbeitete bisher bei der Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg (LAG) e.V. als Projektleiterin. Bei der LAG leitete ich ein partizipatives Weiterbildungsprojekt für und mit geflüchteten Frauen, bei dem die Teilnehmerinnen selbst für die Zusammenstellung der Lerninhalte zuständig sind und auch selbst als Referentinnen auftreten können.

Ansonsten war ich vor allem auf ehrenamtlicher Ebene in Sachen Gleichstellung aktiv, zum Beispiel für die Kampagne „StopBildSexism“, die sich gegen die sexistische Berichterstattung der BILD-Zeitung wendet; oder als Mit-Organisatorin des „Slutwalks“ in Münster, wo ich studiert habe. Seit 2015 lebe ich in Potsdam und freue mich, jetzt auch hauptberuflich im Bereich Frauen- und Gleichstellungspolitik zu arbeiten.

Ich werde Verena als Referentin für Koordination, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit vertreten und freue mich auf die Zusammenarbeit und darauf, Sie und Ihre Organisationen kennenzulernen!



AKTUELLES

NEUE STUDIE: ALLEINERZIEHENDE BESONDERS
ARMUTSGEFÄHRDET

Alleinerziehende Familien sind besonders gefährdet, berichtet das ZWD Politikmagazin und bezieht sich auf den neuesten Bericht des Statistischen Bundesamts über Alleinerziehende in Deutschland 2017. Letztes Jahr wurden 1,5 Millionen Alleinerziehenden-Familien gezählt. Dabei sind neun von zehn Alleinerziehenden Frauen. Hier weitere Ergebnisse:

- Frauen gehen seltener bezahlter Arbeit nach als Männer, wenn ihr Kind jünger als drei Jahre ist.
- Mehr als die Hälfte der alleinerziehenden Mütter, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, suchen Arbeit (55 Prozent).
- Mehr als doppelt so viele alleinerziehende Väter (88 Prozent) arbeiten in Vollzeit, als alleinerziehende Mütter (42 Prozent). Als Grund dafür wird vom Amt vermutet, dass das an den stärker ausgeprägten Unterstützungsstrukturen für alleinerziehende Männer im privaten Umfeld liegt.
- Ein-Eltern-Haushalte haben ein Fünftel weniger finanzielle Mittel zu Verfügung, als Haushalte von zwei Erwachsenen mit Kind/ern.
- Alleinerziehende sind erheblich stärker von Armut bedroht als Familien mit zwei Erwachsenen: 2016 waren insgesamt 33 Prozent armutsgefährdet, 2011 waren es vier Prozent mehr.
- Der Anteil von Alleinerziehenden-Familien in Ostdeutschland, einschließlich Berlin, und in größeren Städten ist höher. In Ostdeutschland ist die Anzahl von Alleinerziehenden-Familien von 18 Prozent auf 25 Prozent gestiegen. Aber auch in Westdeutschland ist die Zahl der Alleinerziehenden im 20-Jahres-Vergleich von 13 Prozent auf 17 Prozent gestiegen.

ZWD bezieht sich auf die Argumentation der Grünen, nach der die aktuelle Gesetzeslage Kinderarmut in Alleinerziehenden- und Geringverdienerfamilien nicht vermeiden kann: Empfänger*innen von HartzIV wird das Kindergeld von ihren Leistungen wieder abgezogen, wohingegen Eltern mit höherem Einkommen nicht nur vom steigenden Kindergeld, sondern von ebenfalls erhöhten Kinderfreibeträgen profitieren. Deshalb fordert beispielsweise Erika Bieh, Bundesvorsitzende des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter, in einer Pressemitteilung eine Kindergrundsicherung, um kein Kind in Armut leben zu lassen, unabhängig vom Einkommen der Eltern und Familienform.

Quelle: [ZWD INFO](#)

[WEITERE INFORMATIONEN DES STATISTISCHEN BUNDESAMTS](#)



AKTUELLES

BESCHLÜSSE DER "GLEICHSTELLUNGS- UND
FRAUENMINISTERKONFERENZ"

Die Landesgleichstellungsministerinnen kommen einmal im Jahr zu einer Konferenz



AKTUELLES

BRÜCKENTEILZEIT - WEM SOLL DAS HELFEN?

Die "Zeit" titelt: „Die große Koalition will Müttern die Rückkehr in eine Vollzeitstelle erleichtern. Doch Zahlen der Regierung zeigen, dass das Gesetz viele betroffene Frauen ausschließt.“

Von insgesamt 5,1 Millionen teilzeitbeschäftigten Müttern in Deutschland arbeiten rund 3,1 Millionen in einem Betrieb mit weniger als 50 Mitarbeiter*innen. Die neuen Regelungen zur Brückenteilzeit sollen aber nur für Beschäftigte in Unternehmen ab 45 Mitarbeitern gelten. Damit fällt die große Mehrheit der betroffenen Frauen nicht unter die neue Regelung.

Hier haben wir also wieder das gleiche Problem wie beim Gesetz zur Lohntransparenz, welches nur für Betriebe ab 200 Mitarbeiter*innen eintritt und somit in Brandenburg kaum Auswirkungen hat.

Laut der Bundesregierung wollen Frauen mehr arbeiten. Wir wissen außerdem, dass Männer weniger arbeiten wollen, um mehr Zeit für ihre Familie zu haben. Deshalb fordert der FPR gemeinsam mit der Konferenz der Landesfrauenräte (KLF) eine Umverteilung von Arbeit und Zeit. Konkret fordern wir eine Verkürzung der Normalarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, wie sie Prof. Allmendinger vom Wissenschaftszentrum Berlin vorschlägt.

HIER zum Nachlesen unser Antrag bei der KLF.

Zum Weiterlesen: [DER ZEIT-ARTIKEL](#)



KLICK-TIPP

DEMOKRATIE BRAUCHT FEMINISMUS

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat ein umfangreiches Online-Dossier zum Thema "**DEMOKRATIE BRAUCHT FEMINISMUS**" herausgebracht. Neben einer historischen Einordnung des Begriffes werden aktuelle Debatten und Herausforderungen aufgezeigt. Und wer lieber in einer klassischen Zeitschrift lesen mag, kann sich das Dossier **HIER** auch als gedrucktes Exemplar bestellen.



DRAG IT!

Und noch einmal die Heinrich-Böll-Stiftung, dieses Mal mit dem Gunda-Werner-Institut und dem Dossier "**DRAG IT! GESCHLECHT UMREISSEN, ORDNUNGEN DURCHKREUZEN, DRAG ERLEBEN**". Das Dossier erläutert den Begriff, zeigt Erfahrungsberichte und berichtet über die politische und emanzipatorische Dimension von Drag.

Oder wie es im Dossier heißt: "*Ich in Drag, das ist keine andere Persönlichkeit – das bin einfach ich: selbstbewusster, stärker und schillernd.*"



Wenn Sie diese E-Mail (an: unknown@noemail.com) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese **hier** kostenlos abbestellen.

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.

Verena Letsch, Michaela Burkard
Charlottenstraße 121
14467 Potsdam
Deutschland

0331 - 280 35 81
kontakt@frauenpolitischer-rat.de
<http://frauenpolitischer-rat.de>